№ 558. Abendblatt.
Freitag, 28. November.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46, O. Gr. Frankfurterstr. 87, SO. Kottbuserstr. 1, S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 5, SO. Köpenickerstr. 116, Rixdorf, Berlinerstr. 73 Schöneberg, Colonnenstr. 4.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges., Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
Monatlich nur Morgens 4.— „ zwei Mal täglich 1.50 „ nur Morgens 1.35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.
Postzeitungsliste Nr. 7856.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Die Politik der Gewalt.

Die Wuth der reaktionären Presse darüber, daß der Mehrheit des Reichstages gestern der Staatsstreich nicht im ersten Anlaufe geglückt ist, kommt in wüstem Geschimpfe auf die Linke zum Ausdruck; den Reigen eröffnet, wie immer bei solchen Gelegenheiten die „Germ.", die sich erfolgreich bemüht, den Rekord der Massivität festzustellen. Im Gefolge der Reaktion schimpft die sich ohne jeden Grund „parteilos", „unpolitisch" nennende Presse wacker mit, was einen ganz besonders widerwärtigen Eindruck hinterläßt. Es sei dem gegenüber noch einmal festgestellt, daß allein der verräterische Streich der Mehrheit zu den beklagenswerthen Auftritten von gestern geführt hat. Das giebt auch die „National-Zeitung" rückhaltlos zu, indem sie schreibt:

Der gestern im Reichstag eingebrachte Antrag Kardorff und Genossen bedeutet, wenn er durchgesetzt wird, das Ende der parlamentarischen Berathungsfreiheit im Reichstag, und er gefährdet vermöge der Anregung zur Nachfolge in den einzelstaatlichen Landtagen, die in ihm liegt, auch in diesen die bisherige konstitutionelle Ordnung. Kann im Reichstag nach der Absicht des Antrages Kardorff die Spezialberathung eines Zolltarifs erdrosselt werden, so kann im preußischen Abgeordnetenhause dasselbe in gewisser derselben Form bei einem reaktionären Schulgesetz geschehen. Mit dem tiefsten Bedauern, ja, wir müssen es aussprechen, mit Empörung erblicken wir unter diesem Antrag die Namen der Abgg. Bassermann, Sattler und Paasche. Wenn die Konservativen die erste Voraussetzung einer freien parlamentarischen Verhandlung, die Durchberathung der Gesetzentwürfe in den Einzelheiten behufs Prüfung derselben, preisgeben, so bleiben sie ihrer alten Feindseligkeit gegen die konstitutionelle Staatsordnung treu, der alten Feindseligkeit, die sie immer nur zeitweilig zurückgestellt haben, soweit es ihren Interessen oder ihrer Macht dienlich war. Wenn das Zentrum die parlamentarische Freiheit preisgiebt, die Partei für Freiheit und Recht", so weiß man, daß der Klerikalismus seiner Natur nach die Vergewaltigung aller Freiheit und jedes Rechtes ist, daß er sich auf diese Begriffe nur beruft, wenn er in der Minderheit ist, jedoch seinem innersten Wesen nach zur Unterdrückung greift, sobald er die Macht oder einen Antheil daran besitzt. Aber daß Mitglieder der nationalliberalen Partei zu diesem Versuch des parlamentarischen Staatsstreichs Hilfe leisten würden, das hätten wir nimmermehr geglaubt. Herr Bassermann hat in Eisenach erklärt, die Mehrheit des jetzigen Reichstags sei „reaktionär bis auf die Knochen" — und er hilft dieser Mehrheit bei der Vergewaltigung der parlamentarischen Berathung?! Diese Herren veranstalten Gedenkfeiern für Bennigsen und unterzeichnen den Aufruf zu einem Denkmal für ihn — aber sie geben die erste Voraussetzung des Konstitutionalismus preis, dessen Befestigung im deutschen Nationalstaat der Inhalt von Bennigsen's politischem Leben war?!

Das alles trifft durchaus zu; wir aber haben von den Nationalliberalen nie etwas anderes erwartet; Herr Bassermann hat in Eisenach nur sich selbst und seine Freunde charakterisirt, und ihr gestriges Verhalten läßt dem Schluß zu, daß sie auch zu weiteren Gewaltstreichen die Hand bieten werden, als deren erster bereits die Beseitigung der Bestimmung angekündigt wird, daß bei Geschäftsordnungs-Debatten keine Schlußanträge gestellt werden dürfen, um der Linken ihr bestes Kampfmittel abzuschneiden. Die einzige Folge davon würde eine weitere Verschärfung der Gegensätze sein.

Das „Friedensinstrument", das von der Regierung und der Mehrheit angenommen worden ist, wird sich unter diesen Umständen als ein Dauergeschenk schlimmster Art erweisen. Der Vollständigkeit halber seien hier noch einmal die Abmachungen im Zusammenhange mitgetheilt:

Die Regierung besteht auf den Mindestsätzen ihrer Vorlage für die Getreidearten außer Braugerste, für die der Satz von 4 M. platzgreift, während für Futtergerste der Mindestsatz wegfällt, ferner auf dem Wegfall der Mindestsätze für Vieh und Fleisch, dagegen ist sie einverstanden mit den in der Kommission und in zweiter Lesung vom Reichstag angenommenen höheren autonomen Sätzen für die Getreidearten, sowie für Vieh und Fleisch, indem sie gleichzeitig dadurch die bei letzterem vom Reichstag beschlossenen Grundlagen: durchweg Gewicht statt Stückzahl, gutheißt. Außerdem werden die Industriezölle für landwirthschaftliche Maschinen und für gewisse Industrieerzeugnisse, deren die Landwirthschaft bedarf, herabgesetzt. Schließlich erklärt sich die Regierung, wie früher bemerkt, mit dem Verwendungszweck (Witwen- und Waisenversicherung) nach Antrag Trimborn und mit dem Wegfall der südöstlichen Oktrois nach dem 1. April 1910, Antrag v. Kardorff, einverstanden. Die von ihr geforderte freie kaiserliche Verfügung, im Einverständniß mit dem Bundesrathe, über den Zeitpunkt, zu dem der Zolltarif in Kraft treten soll, hat der Reichstag bereits zugestanden.

Es ist möglich, daß der Zolltarif auf dieser Grundlage zustande kommt, wenn die Mehrheit auf dem Wege der Gewalt konsequent fortschreitet. Wird aber die Regierung ein auf diesem Wege des Geschäftsordnungsbruches, der Gesetzesverachtung zustande gekommenes Werk annehmen können? Wird sie es vor ihrem Gewissen verantworten können, auf Grund dieses Produktes der Gewalt in Verhandlungen über Handelsverträge einzutreten? Muß sie nicht erwarten, daß dieser Zolltarif im neuen Reichstage als ungesetzlich angefochten werden wird? Man sieht, wohin der gestrige verhängnißvolle Schritt der Mehrheit zu führen droht; er wird die gesammte deutsche Politik in ein unergründliches Chaos stürzen, und darum muß er mit allen Mitteln verhindert werden. Wer das thut, handelt patriotisch.

Vom Schutze der nationalen Arbeiter. Billige ausländische Arbeitskräfte werden den Landwirthen für das nächste Jahr angeboten. Die pommersche Landwirthschaftskammer macht bekannt, daß die „Beschaffungskosten" für Galizier und Deutsch-Ungarn sich für die Person um drei bis vier Mark billiger stellen als in diesem Jahre, und die brandenburgische Landwirthschaftskammer veröffentlicht, daß ihr Arbeitsamt ausländische Wanderarbeiter im Jahre 1903 zu erheblich günstigeren Bedingungen „besorgen" kann, als bisher.

Spaten, Heugabeln ꝛc. Die in dem Antrage v. Kardorff genannten Positionen der Industriezölle betreffen: Nummer 808 Spaten, Schaufeln, 809 Heu- und Düngergabeln ꝛc., 810 Sensen, Sicheln ꝛc., 816 Pflüge, 825 Stacheldraht, Drahtgeflechte und Nägel, 905 Dampfdreschmaschinen, 906 Maschinen ꝛc. — Also ausschließlich landwirthschaftliche Gebrauchsartikel.

„Wie die Landordnung von Kiautschou wurde." Unter diesem Thema, zu Ehren des hier anwesenden Admiralitätsraths Dr. Schrameier, des Mitbegründers der Landordnung von Kiautschou, veranstaltete gestern Abend der Bund deutscher Bodenreformer eine Versammlung in der landwirthschaftlichen Hochschule. Es wird uns darüber berichtet: Nach einigen einleitenden Worten wies der Vorsitzende des Bundes, A. Damaschke, auf die Verdienste der deutschen Marineverwaltung und der Regierung bei der Regelung der Bodenverhältnisse in Kiautschou hin. Er erwähnte ein Wort des Kaisers, das in Hinsicht auf eine Gefährdung der Landordnung durch Spekulantengruppen werthvoll sein dürfte; nämlich, daß eine Aenderung der Grund legenden Bestimmungen der Landordnung nur mit seiner Zustimmung erfolgen dürfte. Er wies ferner auf die Verdienste Dr. Schrameier's hin, die dieser der deutschen Regierung zunächst als Dolmetscher bei den Verhandlungen mit den Chinesen leistete und auf die günstigen Ergebnisse, die sein humanes Vorgehen im Interesse der chinesischen Landbevölkerung, wie auch der Regierung gegenüber für die Landordnung selbst erbracht hat. Unter lebhafter Begrüßung seitens der Versammlung trat alsdann Dr. Schrameier auf. Er schilderte die Entwickelung der Bodenbesitzverhältnisse im ostasiatischen Pachtgebiet nach der deutschen Besitzergreifung. Der Gedanke, daß nach der voraussichtlichen Werthsteigerung des Bodens durch europäische Arbeit und Kulturwerthe die private Bodenspekulation seitens Eingeborener oder Ausländer die Entwickelung der Kolonie von vornherein gefährdet sein würde, bestimmte das Gouvernement, sich unter allen Umständen ein Vorkaufsrecht am Grund und Boden zu dem ihm angegebenen Verkaufspreise vorzubehalten. Um den Landwucher weiter zu verhindern, auf der andern Seite aber die Anfangsentwicklung nicht zu stören, ist eine Grundsteuer vorgesehen. Danach erhebt das Gouvernement bei jedem verkauften Grundstück jährlich 6 pCt. des Schätzwerthes als Grundsteuer, und zwar so, daß in den ersten drei Jahren der Kaufpreis, den der Käufer dem Gouvernement gezahlt hat, zu Grunde gelegt wird. In der Folgezeit wird dann alle drei Jahre eine Abschätzung des Bodens vorgenommen. So beträgt nach der Landordnung von Kiautschou die Umsatzsteuer dort 2 pCt. des Werths (1 pCt. für den Käufer und 1 pCt. für den Verkäufer) die Grundsteuer 6 pCt. und die Zuwachssteuer 33⅓ pCt., um dem Gouvernement oder der Gesammtheit einen Antheil an der späteren Werthsteigerung zu sichern, ohne die Privatthätigkeit zahm zu legen, da die individuelle Thätigkeit immer noch zwei Drittel des steigenden Werthes für sich gesichert erhält. Der Redner führte unter andern aus, daß die praktische Durchführung der Landordnung auf keinerlei Schwierigkeiten gestoßen sei, und daß es höchst bemerkenswerth sei und für die Richtigkeit und Wahrheit der bodenreformerischen Lehre Henry Georges spräche, daß die Landordnung von Kiautschou unabhängig und gänzlich unbeeinflußt von dieser Lehre, nur nach praktischen Erfahrungen und wirthschaftlichen Gesichtspunkten bedacht, doch im Prinzip denselben Gedanken wie die Georges'schen Lehre habe, daß sie ein Beweis dafür sei, daß auch die praktische Durchführung sehr gut möglich ist, und daß ihr Erfolg für die Anschauung spricht, daß Grund und Boden kein Objekt sein darf für Spekulationen, und daß jede Werthsteigerung, von der Gesammtheit bewirkt, ihr auch wieder zugeführt werden müsse. Eine anregende Diskussion, in der Fabrikbesitzer Freese auf die ersten Schritte bodenreformerischer Bestrebungen für die Kolonien hinwies, und der Gewerkschaftsführer Behrens vom Arbeiterstandpunkte die Sicherung der Arbeitswerthe in den Kolonien forderte und das Interesse eines großen Theils der Arbeiterschaft für koloniale Wirthschaftsfragen zum Ausdruck brachte, beschloß den lehrreichen Abend.

Die Zukunft der Krupp'schen Werke. Frau Krupp hat, wie aus Essen gemeldet wird, an das Direktorium der Firma Krupp folgendes Schreiben gerichtet:

Ich theile hierdurch mit, daß mit dem Ableben meines lieben Mannes, kraft der testamentarischen Bestimmung des verewigten Herrn Alfred Krupp, des Vaters des Entschlafenen, die gesammte Fabrik mit allen Aufzeichnungen und Zubehörungen ungetheilt in das Eigenthum meiner ältesten Tochter Bertha übergeht, deren Rechte bis zu ihrer Großjährigkeit ich zu vertreten habe. Gleichzeitig bestätige ich hiermit, in Vertretung meiner Tochter Bertha, die den Mitgliedern des Direktoriums von meinem entschlafenen Gatten ertheilte Vollmacht in vollem Umfange, indem ich das feste Vertrauen hege, daß Sie die Geschäfte der Firma im Geiste des Verewigten und mit der alten Pflichttreue weiter führen werden. Ich ersuche das Direktorium, Vorstehendes im ganzen Bereiche der Firma bekannt zu geben.

Essen, den 27. November 1902.

Frau Margarethe Krupp.

Das zweite Schreiben lautet:

Einem Wunsche und einer letztwilligen Bestimmung meines verewigten Gatten entsprechend, und getreu dem Beispiel, das der Entschlafene bei der Uebernahme der Fabrik im Jahre 1887 gegeben hat, stelle ich hiermit in Vertretung meiner minderjährigen Tochter Bertha Krupp ein Kapital in Höhe von drei Millionen Mark zur Verfügung für die der Fürsorge für dienstfähige Beamte und Arbeiter gewidmeten Einrichtungen der Werke. Von diesem Betrage sollen verwendet werden: zwei Millionen Mark für die Arbeiter zu Pensions- und Unterstützungszwecken, eine Million zu dem gleichen Zwecke für die Beamten. Das Direktorium ersuche ich, zur Ausführung dieser Verfügung das Weitere anzuordnen.

Essen, den 27. November 1902.

Frau Margarethe Krupp.

An die Angehörigen der Firma Friedrich Krupp hat Frau Krupp folgendes Schreiben gerichtet:

Nachdem die irdische Hülle meines für mich und meine Kinder, wie für seine Werke allzu früh dahingegangenen theuren Gatten zur letzten Ruhe bestattet, ist es mir ein Herzensbedürfniß, zugleich im Namen meiner minderjährigen Kinder den Angehörigen der Gußstahlfabrik und allen zur Firma gehörigen Werken zu danken für die allgemein und tief empfundene Antheilnahme, die mir und meinen Kindern aus allen Kreisen der Werkangehörigen entgegengebracht worden ist. Die Liebe und Anhänglichkeit an meinen Gatten und an die Fabrik, welche aus diesen Kundgebungen sprach, sind uns ein wahrhafter Trost in unserem großen Leid gewesen. Sie geben uns die Zuversicht, daß es gelingen wird, das Werk, das der Dahingeschiedene 15 Jahre lang mit Liebe und Pflichttreue geleitet, besten Blüthe ihm vor allem am Herzen lag und dem noch seine letzten Sorgen galten, in seinem Geiste weiter zu führen. Das walte Gott!

Essen, den 27. November 1902.

Frau Margarethe Krupp.

„In Vertretung ihrer minderjährigen Tochter Bertha" hat Frau Krupp auch der Stadt Essen eine Million Mark für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt.

Monarchen-Zusammenkunft in Fredensborg? Zar Nikolaus II. wird nach einer Kopenhagener Meldung des „Daily Telegraph", wie jetzt endgiltig feststeht, im Herbst 1903 zu längerem Besuch nach Schloß Fredensborg kommen. Gleichzeitig wird Kaiser Wilhelm dort auf einige Tage der Gast des Königs von Dänemark sein. Auch König Eduard und Königin Alexandra, sowie viele andere Fürstlichkeiten werden erwartet.

Ein Ausstand der Schiffsarbeiter löst in Frankreich den der Grubenarbeiter ab. Der Schauplatz ist Marseille. Das Syndikat der Rheder versammelte sich gestern, um über die Lage zu berathen, die durch den Ausstand geschaffen worden ist. Man nahm Kenntniß davon, daß der Arbeitsvertrag von 1901 gekündigt worden ist und schob die Verantwortlichkeit für die Konsequenzen auf die Urheber des Ausstandes. Die von den Matrosen gestellten Bedingungen wurden als unannehmbar bezeichnet. Das Syndikat behielt sich vor, später neue Bedingungen festzusetzen, die den Dienst der Schiffsleute an Bord und an Land regeln. Die Ausständigen hielten eine Versammlung ab, in der sie einmüthig die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. Ein einziges Schiff, das ziemlich weitab von den Quais liegt, konnte einige Passagiere und die Post für Algier an Bord bringen. 2300 zur Anwerbung vorgemerkte Matrosen, die nach Algier und Tunis bestimmt waren, bleiben in Marseille.

Der Missethäter auf Capri soll nun, einem Telegramm aus Rom zufolge, festgestellt sein. Es handelt sich um einen Hamburger Maler, gegen den der Untersuchungsrichter bereits einen Haftbefehl erlassen hat. Die Patria bestätigt ebenfalls, daß gegen Kruppp auch nicht das geringste Gravirende eruirt sei.

Kritische Zustände herrschen in ganz Spanien. Bald sind es die parlamentarischen Sturmszenen, bald die antiklerikalen Demonstrationen oder Steuerverweigerungen, die das Land erregen. Aber auch damit ist die Liste nicht erschöpft. In Barcelona veranstalteten gestern die Studenten eine Kundgebung wegen eines Erlasses, durch den der Unterricht in spanischer Sprache obligatorisch gemacht wird. Die Polizei mußte mehrere Male vorgehen. Die Gendarmerie besetzte die Universität. Der Unterrichtsminister erhielt ein Protestschreiben in katalanischer, französischer und englischer Sprache gegen den Erlaß.

Auch in der Kammer ging es wieder sehr lebhaft zu. Sie beriethen die regionalistische Frage. Leroux (Republikaner) verglich die Lage in Catalonien mit derjenigen auf Kuba in früheren Jahren. Die Republik allein könne noch Spanien retten. Die gegenwärtigen Einrichtungen bedrohten das Land mit einem Unglück, das schlimmer sei als das im Jahre 1898. Der Redner verherrlichte zum Schluß die Revolution.

Die mazedonische Frage, die, wie wir hervorhoben, neulich von der zensurirten russischen Presse so munter angeschnitten wurde, beschäftigt bereits die diplomatischen Kreise. In Konstantinopel fand soeben eine Konferenz mehrerer Botschafter statt, in der beschlossen wurde, gemeinsam energische Schritte wegen sofortiger Durchführung der Reformen in Mazedonien beim Sultan zu unternehmen.

Rußland hat bei diesem Stücke ersichtlich die Regie.

Haiti kommt nicht zur Ruhe. Einem Telegramm aus San Domingo zufolge ist die politische Lage daselbst infolge revolutionärer Unruhen, welche im Norden des Landes ausgebrochen sind, verwickelt. Die Regierung ergriff strenge Maßnahmen, um den Aufstand zu unterdrücken. In der Hauptstadt herrscht noch vollkommene Ruhe.

Als Seele der neuen Rebellion wird General Nord bezeichnet, der selbst Präsident werden wolle. Nord aber betheuert, jeden Andern, der gewählt werden sollte, anerkennen zu wollen. So ist das Motiv der neuen Unruhen noch nicht klargestellt.

— In der Kirchen- und Schulartheilung der Regierung zu Potsdam ist ein wichtiger Personalwechsel eingetreten. Dem bisherigen Dirigenten dieser Abtheilung, Ober- und Geheime Regierungsrath Heidfeld ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst ertheilt; zu seinem Nachfolger ist der Oberregierungsrath von Doemming ernannt worden.

— Anläßlich der gestrigen Hauptversammlung der Schiffsbautechnischen Gesellschaft, der auch der Kaiser beiwohnte, führte Herr Direktor Schuthes von dem Berliner Schuckert-Werk unter Anderem auch die Nuhmerschen Apparate zur drahtlosen Telephonie zum ersten Male einem größeren Kreise von Fachleuten im Betriebe vor und wies auf die hohe Bedeutung der Erfindung für die Marine hin. Die weitere Ausbildung der drahtlosen Telephonie ist von der Schuckert-Gesellschaft in Gemeinschaft mit Herrn Ernst Ruhmer, über dessen Versuche wir bereits mehrfach berichteten, in letzter Zeit so weit gefördert worden, daß die Probeeinführung des neuen Systems auf einigen Kriegsschiffen der deutschen Marine bereits in Kürze erfolgen soll.

Toulon, 28. November. Das aus 12 Schiffen bestehende Mittelmeergeschwader ist gestern Abend nach dem Golf von Tetuan abgegangen. Die Kreuzer „Pothuau" und „Chanzy" werden heute folgen.